

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
------------------------------------	-----------

1. Teil: Einleitung	25
----------------------------------	-----------

A. Ausgangslage und Bedeutung des Themas	26
I. Europäischer Gerichtshof und Europäische Kommission als Impulsgeber der Diskussion	26
II. Stand der Forschung	30
B. Ziele und Gegenstand der Untersuchung	36
C. Terminologie	39

2. Teil: Die Rechtsbeständigkeit von Steuerverwaltungsakten und finanzgerichtlichen Urteilen bei Verstößen gegen deutsches Recht	41
---	-----------

A. Grundlagen der Rechtsbeständigkeit von Steuerverwaltungsakten und finanzgerichtlichen Urteilen	42
I. Begriffsbestimmung	42
1. Der Begriff der Bestandskraft bei Steuerverwaltungsakten ...	43
2. Der Begriff der Rechtskraft bei finanzgerichtlichen Urteilen	49
3. Zwischenergebnis	51
II. Historische Entwicklung der Regelungen zur Rechtsbeständigkeit von Steuerverwaltungsakten und finanzgerichtlichen Urteilen	51
1. Ältere Überlegungen zur Rechtsbeständigkeit von Verwaltungsakten und Gerichtsurteilen	52
2. Kodifizierung der Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten durch die Reichsabgabenordnung 1919 und die weitere Entwicklung ...	55
a) Entwurf der Reichsabgabenordnung 1919 durch <i>Enno Becker</i>	56

b)	Neufassung der Reichsabgabenordnung 1931	60
c)	Neukonzeption durch die Abgabenordnung 1977	62
3.	Kodifizierung der Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen durch die Reichsabgabenordnung 1919 und die weitere Entwicklung	63
a)	Entwurf der Reichsabgabenordnung 1919 durch <i>Enno Becker</i>	63
b)	Neufassung der Reichsabgabenordnung 1931	66
c)	Neukonzeption durch die Finanzgerichtsordnung 1966 und weitere Entwicklung ...	67
4.	Zwischenergebnis	68
III.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Rechtsbeständigkeit von Steuerverwaltungsakten und finanzgerichtlichen Urteilen	69
1.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten	69
a)	Vorgaben hinsichtlich der formellen Bestandskraft	69
b)	Vorgaben hinsichtlich der materiellen Bestandskraft	73
2.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen	80
a)	Vorgaben hinsichtlich der formellen Rechtskraft	80
b)	Vorgaben hinsichtlich der materiellen Rechtskraft	82
3.	Zwischenergebnis	84
B.	Das Regelungskonzept der Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten in der Abgabenordnung	85
I.	Die Wirksamkeit von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen deutsches Recht	85
II.	Die formelle Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen deutsches Recht	88
III.	Die materielle Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen deutsches Recht	90
1.	Grundlagen und Systematik der Korrekturvorschriften als Regeln zur Durchbrechung der materiellen Bestandskraft	90

a) Differenzierung zwischen allgemeinen Steuerverwaltungsakten und Steuerbescheiden	91
b) Rechtfertigung der Gleichbehandlung von herkömmlichen und ausschließlich automationsgestützt erlassenen Steuerbescheiden	95
2. Durchbrechung der materiellen Bestandskraft bei offenbaren Unrichtigkeiten	96
3. Durchbrechung der materiellen Bestandskraft von allgemeinen Steuerverwaltungsakten	98
a) Rücknahme rechtswidriger Steuerverwaltungsakte	98
b) Widerruf rechtmäßiger Steuerverwaltungsakte	100
4. Durchbrechung der materiellen Bestandskraft von Steuerbescheiden	101
a) Eröffnung des Anwendungsbereichs	101
aa) Keine Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	102
bb) Keine vorläufige Steuerfestsetzung	103
cc) Keine Festsetzungsverjährung	104
b) Eingreifen einer Korrekturnorm	106
aa) Korrektur nach § 172 AO	106
(1) Bescheide über Verbrauchsteuern	107
(2) Zustimmung des Steuerpflichtigen	108
(3) Sachliche Unzuständigkeit der erlassenden Behörde	109
(4) Anwendung unlauterer Mittel	109
bb) Korrektur wegen unzutreffender Entscheidungsgrundlage	110
(1) Korrektur wegen neuer Tatsachen	110
(2) Korrektur von Schreib- und Rechenfehlern bei Erstellung der Steuererklärung	111
cc) Korrektur bei widerstreitenden Steuerfestsetzungen	112
(1) Korrektur bei Mehrfachberücksichtigung eines Sachverhalts	112

(2) Korrektur bei Nichtberücksichtigung eines Sachverhalts	113
(3) Folgekorrektur aufgrund eines Rechtsbehelfs bzw. Antrags	113
dd) Korrektur in sonstigen Fällen	115
(1) Korrektur aufgrund von Grundlagenbescheiden	115
(2) Korrektur wegen eines rückwirkenden Ereignisses	116
(3) Korrektur von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	116
ee) Korrektur zur Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	117
c) Begrenzung der Korrekturmöglichkeit	117
aa) Berücksichtigung des Vertrauensschutzes	118
bb) Berichtigung von materiellen Fehlern	118
IV. Zwischenergebnis	119
C. Das Regelungskonzept der Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen in der Finanzgerichtsordnung	122
I. Die formelle Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei Verstößen gegen deutsches Recht	122
1. Durchbrechung der formellen Rechtskraft durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	124
2. Durchbrechung der formellen Rechtskraft durch Wiederaufnahme des Verfahrens	125
a) Nichtigkeitsklage	126
b) Restitutionsklage	126
3. Durchbrechung der formellen Rechtskraft durch Klagen nach § 826 BGB	127
4. Durchbrechung der formellen Rechtskraft durch Gegenvorstellungen	128
II. Die materielle Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei Verstößen gegen deutsches Recht	129
1. Subjektive Reichweite der materiellen Rechtskraft	129
2. Objektive Reichweite der materiellen Rechtskraft	129

3. Wirkung der materiellen Rechtskraft	131
a) Berichtigung eines finanzgerichtlichen Urteils wegen einer offenbaren Unrichtigkeit (§ 107 FGO)	132
b) Bindung der Finanzbehörden an ein finanzgerichtliches Urteil	133
c) Bindung der Finanzgerichte an ein finanzgerichtliches Urteil	133
III. Zwischenergebnis	134

3. Teil: Die Rechtsbeständigkeit deutscher Steuerverwaltungsakte und finanzgerichtlicher Urteile bei Verstößen gegen Recht der Europäischen Union

A. Mögliche Verstöße gegen Unionsrecht	137
I. Verstöße gegen primäres Unionsrecht	140
1. Verstöße gegen das Effektivitätsgebot	140
2. Verstöße gegen Grundfreiheiten und Diskriminierungsverbote	141
a) Verstöße gegen Grundfreiheiten	141
b) Verstöße gegen spezielle Diskriminierungsverbote	144
c) Verstöße gegen das allgemeine Diskriminierungsverbot	145
3. Verstöße gegen das Beihilfeverbot	146
4. Verstöße gegen EU-Grundrechte	150
II. Verstöße gegen sekundäres Unionsrecht	151
1. Verstöße gegen sekundärrechtliche Bestimmungen zur Harmonisierung der indirekten Steuern	152
2. Verstöße gegen sekundärrechtliche Bestimmungen zur Rechtsangleichung im Bereich der direkten Steuern	155
III. Zwischenergebnis	157
B. Die Bestandskraft deutscher Steuerverwaltungsakte bei Verstößen gegen Unionsrecht	158
I. Anwendbarkeit des deutschen Verfahrensrechts	159
1. Grundsatz der Verfahrensautonomie	159

2.	Besonderheiten bei verbotenen Beihilfen	162
II.	Die Wirksamkeit von Steuerverwaltungsakten bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	164
1.	Kein Vorrang des Unionsrechts gegenüber deutschen Steuerverwaltungsakten	165
2.	Keine Nichtigkeit des deutschen Steuerverwaltungsakts bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	167
3.	Zwischenergebnis	170
III.	Die formelle Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	170
1.	Kein Verstoß gegen das Effektivitätsgebot durch deutsche Rechtsbehelfsfristen	171
2.	Keine generelle Anlaufhemmung bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	173
3.	Sog. Emmott'sche Fristenhemmung bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	174
4.	Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen anderer Verstöße gegen Unionsrecht	177
5.	Zwischenergebnis	178
IV.	Die materielle Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	179
1.	Durchbrechung der materiellen Bestandskraft bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht infolge offenkundiger Unrichtigkeiten	182
2.	Durchbrechung der materiellen Bestandskraft von allgemeinen Steuerverwaltungsakten bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	182
a)	Rücknahme rechtswidriger Steuerverwaltungsakte bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	183
b)	Widerruf rechtmäßiger Steuerverwaltungsakte bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	187
c)	Zwischenergebnis	189
3.	Durchbrechung der materiellen Bestandskraft von Steuerbescheiden bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	189
a)	Eröffnung des Anwendungsbereichs	192

aa)	Beseitigung von anderen Verstößen gegen Unionsrecht bei Vorbehaltsfestsetzungen	192
bb)	Beseitigung von anderen Verstößen gegen Unionsrecht bei vorläufigen Steuerfestsetzungen	194
cc)	Festsetzungsverjährung bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	195
b)	Eingreifen einer Korrektornorm bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	197
aa)	Korrektur von anderen Verstößen gegen Unionsrecht nach § 172 AO	197
(1)	Verstöße gegen Unionsrecht in Verbrauchssteuerbescheiden	197
(2)	Beseitigung von Verstößen gegen Unionsrecht durch Zustimmung des Steuerpflichtigen	198
(3)	Verstöße gegen Unionsrecht bei sachlicher Unzuständigkeit der erlassenden Behörde	200
(4)	Verstöße gegen Unionsrecht und Anwendung unlauterer Mittel	201
bb)	Korrektur von anderen Verstößen gegen Unionsrecht wegen unzutreffender Entscheidungsgrundlage	201
(1)	Verstöße gegen Unionsrecht als neue Tatsachen?	201
(2)	Verstöße gegen Unionsrecht und Schreib- und Rechenfehler bei Erstellung der Steuererklärung	204
cc)	Korrektur von anderen Verstößen gegen Unionsrecht bei widerstreitenden Steuerfestsetzungen	204
dd)	Korrektur von anderen Verstößen gegen Unionsrecht in sonstigen Fällen	205
(1)	Verstöße gegen Unionsrecht und Grundlagenbescheide	205
(2)	Verstöße gegen Unionsrecht und rückwirkende Ereignisse	206

(3) Verstöße gegen Unionsrecht und Datenübermittlung durch Dritte	211
ee) Korrektur von anderen Verstößen gegen Unionsrecht durch Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	211
c) Begrenzung der Korrekturmöglichkeiten bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	212
aa) Vertrauensschutz bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	212
bb) Berichtigung von materiellen Fehlern bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	213
d) Kein Verstoß gegen Unionsrecht durch fehlende Korrekturmöglichkeit im deutschen Recht	213
4. Zwischenergebnis	217
V. Im Besonderen: Die Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	218
1. Wirksamkeit von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	218
2. Die formelle Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	221
3. Die materielle Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	222
a) Durchbrechung der materiellen Bestandskraft von allgemeinen Steuerverwaltungsakten bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	222
aa) Rücknahme rechtswidriger Steuerverwaltungsakte bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	223
bb) Widerruf rechtmäßiger Steuerverwaltungsakte bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	228
b) Durchbrechung der materiellen Bestandskraft von Steuerbescheiden bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	229

aa) Eröffnung des Anwendungsbereichs bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	230
bb) Eingreifen einer Korrekturnorm bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	232
(1) Korrektur von Beihilfeverstößen nach § 172 AO	232
(2) Korrektur von Beihilfeverstößen nach § 173 AO	235
(3) Korrektur von Beihilfeverstößen nach § 175 AO	237
(4) Beihilfeverstöße und sonstige Korrekturtatbestände	240
cc) Verstoß gegen Unionsrecht durch fehlende Korrekturmöglichkeit im deutschen Recht	240
dd) Begrenzung der Korrekturmöglichkeiten bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	243
(1) Vertrauensschutz bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	243
(2) Berichtigung von materiellen Fehlern bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	244
4. Zwischenergebnis	245
C. Die Rechtskraft deutscher finanzgerichtlicher Urteile bei Verstößen gegen Unionsrecht	246
I. Die formelle Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	249
1. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	251
2. Wiederaufnahme des Verfahrens bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	252
a) Nichtigkeitsklagen bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	253
b) Restitutionsklagen bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	254
3. Klagen nach § 826 BGB bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	257

4. Gegenvorstellungen bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	258
5. Zwischenergebnis	259
II. Die materielle Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	259
1. Subjektive Reichweite der materiellen Rechtskraft bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	260
2. Objektive Reichweite der materiellen Rechtskraft bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	260
3. Wirkung der materiellen Rechtskraft bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	261
a) Berichtigung von anderen Verstößen gegen Unionsrecht als offenbare Unrichtigkeit	261
b) Bindung der Finanzbehörden an ein finanzgerichtliches Urteil bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	262
c) Bindung der Finanzgerichte an ein finanzgerichtliches Urteil bei anderen Verstößen gegen Unionsrecht	263
4. Zwischenergebnis	263
III. Im Besonderen: Die Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	263
1. Die formelle Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	264
a) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	264
b) Wiederaufnahme des Verfahrens bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	265
aa) Wiederaufnahme des Verfahrens bei neuen Beihilfen	266
bb) Wiederaufnahme des Verfahrens bei rechtswidrigen Beihilfen	268
cc) Zwischenergebnis	269
c) Klagen nach § 826 BGB bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	270

d) Gegenvorstellungen bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	270
e) Zwischenergebnis	270
2. Die materielle Rechtskraft von finanzgerichtlichen Urteilen bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	271
a) Berichtigung wegen einer offenbaren Unrichtigkeit bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	271
b) Bindung der Finanzbehörden an ein finanzgerichtliches Urteil bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	271
c) Bindung der Finanzgerichte an ein finanzgerichtliches Urteil bei Verstößen gegen das Beihilfeverbot	274
3. Zwischenergebnis	274
 4. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse ...	277
 Literaturverzeichnis	289